

EU-Mercosur-Abkommen: WIFO drängt auf Ja, Österreichs Veto wackelt

WIFO-Ökonomen drängen auf ein Ja Österreichs zum EU-Mercosur-Abkommen. Fleisch & Co hat die wichtigsten Aussagen aus dem Medienchat zusammengefasst – inklusive WIFO-Video zur vollständigen Analyse.



WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr plädiert für ein österreichisches Ja zum EU-Mercosur-Abkommen. Bild: Wifo/Alexander Mueller

Im Medienchat des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung WIFO haben Direktor Gabriel Felbermayr, Handelsökonom Harald Oberhofer und Agrarökonom Franz Sinabell am 2. Dezember klar Stellung bezogen. Österreich solle das EU-Mercosur-Abkommen als Chance verstehen, nicht als Bedrohung, und sein Nein im Rat überdenken. Das Abkommen könnte laut WIFO bis zur Hälfte der wirtschaftlichen Schäden kompensieren, die neue US-Zölle verursachen, und würde besonders exportstarke Regionen wie Oberösterreich stützen.

Für die Landwirtschaft sehen die Ökonomen deutlich weniger Risiken, als in der politischen Debatte behauptet wird.

Österreichs Veto auf dem Prüfstand

Im digitalen Medienchat des WIFO zum Thema EU-Mercosur-Abkommen hat sich das ökonomische Trio Gabriel Felbermayr, Harald Oberhofer und Franz Sinabell deutlich positioniert. Österreich solle sich nicht länger querlegen, sondern dem Abkommen zustimmen, so die Kernbotschaft. In einer Welt, in der handelspolitische Konflikte zunehmen, sei ein regelbasiertes Abkommen mit den Mercosur-Staaten aus europäischer Sicht eher eine Absicherung als ein Risiko.

Brisant ist die Frage, ob Österreich mit seinem **Nein im EU-Rat das Abkommen** zu Fall bringen könnte. Oberhofer verwies im Medienchat auf eine Gruppe skeptischer Mitgliedstaaten, etwa Frankreich, Polen, Ungarn, Irland und Rumänien. Wenn diese Länder gegen das Abkommen stimmen oder sich enthalten und Österreich bei seiner Ablehnung bleibt, könnte eine Sperrminorität zustande kommen. In diesem Szenario wäre Wien tatsächlich das Zünglein an der Waage.

Politisch ist der Handlungsspielraum in Österreich begrenzt. Die Bundesregierung ist formal weiterhin an einen Parlamentsbeschluss aus dem Jahr 2019 gebunden, der ein Nein zum Mercosur-Abkommen vorsieht. Um diese Linie zu ändern, bräuchte es ein klares politisches Bekenntnis von Regierungs- und Oppositionsparteien, was derzeit nicht absehbar ist.

0,1 Prozent mehr BIP und ein Gegengewicht zu US-Zöllen

Ökonomisch argumentiert WIFO-Handelsexperte Harald Oberhofer mit Zahlen, die zunächst unspektakulär klingen. Für Österreich erwartet er einen langfristigen BIP-Effekt von rund plus 0,1 Prozent durch stärkere Exporte in den Mercosur-Raum.

Im Verhælnis zum Schaden durch neue US-Zølle sei das jedoch beachtlich. Studien von WIFO und Oesterreichischer Nationalbank kommen næmlich zum Schluss, dass die Zollpolitik der USA die heimische Wirtschaftsleistung um 0,2 bis 0,3 Prozent **dæmpfen kønnte**. Das EU-Mercosur-Abkommen hæt看te damit das Potenzial, ein Drittel bis zur Hælfte dieses Schadens auszugleichen.

Auf EU-Ebene rechnet die Europæische Kommission mit einem Exportplus der Union in die Mercosur-Staaten von rund 39 Prozent bis 2040. Die Exporte der Mercosur-Lænder in die EU wprden dagegen um etwa 17 Prozent zulegen. Der stærkere Schub liegt also auf europæischer Seite. Das hat vor allem damit zu tun, dass derzeit nur gut sechs Prozent der EU-Exporte in die Mercosur-Staaten zollfrei sind, wæhrend bereits fast zwei Drittel der Mercosur-Exporte in die EU ohne Zoll ins Land kommen.

Fpr Østerreich wære der Effekt stark regional geprægt. **Analysen** von Bank Austria und mehreren Wirtschaftsportalen zeigen, dass vor allem Oberøsterreich und die Steiermark vom Abkommen profitieren wprden. Fpr die Industrie wird ein zusætztlicher Wertschøpfungseffekt von rund 300 Millionen Euro und etwa 2.000 zusætztlichen Arbeitsplætzen erwartet, allein in Oberøsterreich kønnten rund 80 Millionen Euro und 550 Jobs dazukommen.

Schwache Exporte, schwæchelnde Industrie

WIFO-Direktor Felbermayr ordnete das Abkommen in die aktuelle Konjunkturlage ein. Die Exportperformance der EU und Østerreichs sei in den vergangenen Jahren schwach gewesen, entsprechend leide die Industrieproduktion. Pbllicherweise kamen Konjunkturimpulse in Lændern wie Østerreich und Deutschland aus der Exportwirtschaft, doch diesmal fielen die Auslandsimpulse aus.

Ein zentrales Problem sieht Felbermayr im global zunehmenden Protektionismus. Tausende handelsverzerrende Maánahmen vor allem in China, in den USA, aber auch in Spdamerika belasten

europäische Unternehmen. Ein Abkommen mit Mercosur würde aus seiner Sicht genau hier ansetzen und einen Teil dieser Hürden abbauen, etwa beim Zugang zu Industriegütermärkten oder bei kritischen Rohstoffen für Zukunftstechnologien.

Was tatsächlich **im Vertrag** steht

Oberhofer erläuterte im Medienchat die Struktur des Abkommens. Die Europäische Kommission hat im September 2025 zwei parallele Verträge vorgelegt: ein reines Handelsabkommen, das interimistische Trade Agreement, und ein umfassendes Partnerschaftsabkommen mit politischem und Kooperationskapitel. Das Handelsabkommen kann von Rat und Europäischem Parlament mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden. Für das große Partnerschaftsabkommen ist dagegen die Zustimmung aller Mitgliedstaaten notwendig, wie bereits beim CETA-Abkommen mit Kanada.

Handelspolitisch sieht das Paket einen schrittweisen Zollabbau vor. Die EU würde auf rund 92 Prozent der importierten Waren und 82 Prozent der Agrarimporte aus Mercosur die Zölle über einen Zeitraum von zehn Jahren abschaffen, Mercosur seinerseits auf rund 91 Prozent der Gesamtimporte und 95 Prozent der Agrarimporte aus der EU. Für besonders sensible Produkte wurden Quoten und Schutzklauseln vereinbart, die einen plötzlichen Markteinbruch verhindern sollen.

Für Personenkraftwagen ist eine Sonderregelung vorgesehen. Hier soll die Liberalisierung über 15 Jahre erfolgen, nach einer siebenjährigen Schonfrist, in der eine Übergangsquote von 50.000 Fahrzeugen gilt.

Rindfleisch, Geflügel und die Mythen der Agrardebatte

Für die **Fleischwirtschaft** und Landwirtschaft ist die Frage entscheidend, wie groß der zusätzliche Wettbewerbsdruck aus

Brasilien und anderen Mercosur-Staaten wirklich wäre. Oberhofer und Sinabell betonten in ihren Ausführungen, dass die landwirtschaftlichen Importquoten im Verhältnis zum EU-Markt klein sind. Für Rindfleisch sieht der Vertrag eine Quote von 99.000 Tonnen mit einem Zollsatz von 7,5 Prozent vor, was etwa 1,5 Prozent der **gesamten EU-Rindfleischproduktion** entspricht. Darüber hinausgehende Importe würden weiterhin mit rund 51 Prozent verzollt. Bei Geflügel liegt die zollbegünstigte Quote bei 180.000 Tonnen, das sind etwa 1,3 Prozent der EU-Produktion. Die Quoten sollen außerdem schrittweise eingeführt werden, im ersten Jahr wäre das Volumen deutlich niedriger.

Sinabell verwies darauf, dass viele gängige Narrative zur Umwelt- und Agrarsituation in Südamerika so nicht haltbar seien. Die Belastung von Grundwasser und Atmosphäre durch Stickstoff sei in Europa teilweise höher als in Brasilien, weil dort weniger intensiv produziert werde. Die Agrarfläche in Brasilien sei in den vergangenen 20 Jahren insgesamt nicht explodiert, in manchen Segmenten sogar leicht zurückgegangen. Zugleich sei der Wert der Agrarausfuhren stark gestiegen, vor allem bei Soja, Kaffee, Kakao und Fruchtsaftkonzentrat, also bei Produkten, die in Europa kaum oder gar nicht erzeugt werden können.

Beim Streitpunkt Rindfleisch stützt sich Sinabell auf aktuelle Analysen, laut denen eine massive Ausweitung der südamerikanischen Rindfleischimporte in die EU sowieso nicht zu erwarten sei. Das liege an Marktpreisen, Transportkosten und an den bereits bestehenden Quoten. Umgerechnet auf die Bevölkerung der EU entspräche das mögliche zusätzliche Importvolumen pro Kopf einer Menge, die kleiner sei als das Rindfleisch-Patty eines Hamburgers.

Wichtig für österreichische Produzenten ist außerdem ein Punkt, den Sinabell ausdrücklich betonte: Qualitäts- und Sicherheitsstandards auf dem EU-Markt bleiben unverändert. Produkte, die europäische Standards nicht erfüllen, kommen auch mit Mercosur-Abkommen nicht über die Grenze.

Warum sich Bauernvertreter so querlegen

Auf die Frage, warum die **Bauernvertretungen das Abkommen** so vehement bekämpfen, obwohl die modellierten Effekte vergleichsweise klein sind, verwies Sinabell auf zwei Faktoren. Einerseits spiele die sogenannte Verlustaversion eine Rolle. Mögliche Einbußen werden von Betroffenen psychologisch stärker gewichtet als mögliche Gewinne, auch wenn die Zahlen objektiv überschaubar sind.

Andererseits sei die Landwirtschaft ausgesprochen heterogen. Während Teile der Rindfleisch- und Zuckerrübenproduktion mit stärkerem Wettbewerb rechnen müssten, könnten Milchwirtschaft, Weinbau und Spezialkulturen vom besseren Marktzugang profitieren, wenn die Mittelschicht in Spdamerika reicher wird und gezielt europäische Qualitätsprodukte nachfragt. Diese Gruppen meldeten sich in der öffentlichen Debatte aber deutlich leiser zu Wort als die Kritiker.

Geopolitik: Wenn China Europa überholt

Felbermayr bettete das Abkommen in die geopolitische Dimension ein. In den neunziger Jahren war Europa für mehr als hundert Länder der wichtigste Handelspartner, heute hat China in vielen Regionen die EU überholt, auch in Spdamerika. Auf Karten, die Handelsströme visualisieren, sind große Teile Spdamerikas mittlerweile nicht mehr Europa zugeordnet, sondern China.

In einer Welt, in der wirtschaftliche Abhängigkeiten zunehmend politisch instrumentalisiert werden, sei das aus europäischer Sicht problematisch. Wer Wohlstand in Europa halten will, brauche Zugang zu Märkten, eine Diversifizierung der Lieferketten und verlässliche Partner bei kritischen Rohstoffen. Mercosur könne genau an dieser Schnittstelle wichtig werden, insbesondere Brasilien mit seinen Rohstoffvorkommen und seinem Potenzial bei erneuerbaren Energien.

Felbermayr warnte, dass ein Scheitern des Abkommens auch über den Einzelfall hinaus Folgen hätte. Nach dreißig Jahren Verhandlungen mit Mercosur sei das Signal an andere potenzielle Partner wie Indien oder Indonesien verheerend, wenn die EU am Ende nicht liefern könne. Die Glaubwürdigkeit der europäischen Handelspolitik stehe damit ebenso auf dem Spiel wie der konkrete BIP-Effekt von 0,1 Prozent.

Relevanz für Fleischbranche und Lebensmittelhandwerk

Für die heimische Fleisch- und Lebensmittelwirtschaft stehen beim EU-Mercosur-Abkommen mehrere Fragen parallel im Raum. Auf der Chancen-Seite stehen zusätzliche Exportmöglichkeiten, etwa für verarbeitete Lebensmittel, Wurstwaren, Milchprodukte und hochwertige Spezialitäten. Die Modellrechnungen der EU sehen für Milcherzeugnisse eine deutliche Ausweitung der Exporte, ähnlich gilt das für Fahrzeuge und Transportausrüstung, also für jene Industriezweige, die eng mit dem Maschinen- und Anlagenbau der Lebensmittelbranche verbunden sind.

Auf der Risiko-Seite stehen begrenzte, aber politisch hoch aufgeladene Quoten bei Rindfleisch und Geflügel. Hier wird entscheidend sein, wie stark der Handel die theoretischen Möglichkeiten überhaupt ausschöpft und wie schnell europäische Schutzklauseln greifen, falls einzelne Märkte tatsächlich unter Druck kommen sollten.

Aus Sicht vieler Betriebe im Fleischer-Handwerk stellt sich die Frage, ob Österreich als traditionell exportorientiertes Land den eigenen Spielraum nicht eher verkleinern würde, wenn es das Abkommen zu Fall bringt, während andere europäische Länder und die EFTA-Staaten ihre eigenen Vereinbarungen mit Mercosur bereits vorantreiben. Das Freihandelsabkommen zwischen **Mercosur** und EFTA wurde im September 2025 in Rio de Janeiro unterzeichnet, was die Wettbewerbssituation der EU-Unternehmen zusätzlich unter Druck setzen könnte, sollten sie ohne vergleichbaren Marktzugang bleiben.

Der Fahrplan ist eng. Bereits am 12. Dezember könnte im Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten in Brüssel eine Entscheidung fallen, alternativ erst beim Europäischen Rat am 18. und 19. Dezember, kurz vor dem geplanten EU-Mercosur-Gipfel. Im Frühjahr 2026 soll sich dann das Europäische Parlament mit den Verträgen befassen.

Ob Österreich bis dahin seinen Kurs korrigiert, bleibt offen. Klar ist nach dem **WIFO**-Medienchat jedoch eines. Ökonomisch betrachtet sieht das Institut mehr Chancen als Risiken. Für exportorientierte Branchen von der Industrie bis zur Lebensmittelverarbeitung, aber auch für das Fleischer-Handwerk, geht es damit nicht nur um eine abstrakte handelspolitische Frage, sondern um konkrete Zukunftsperspektiven im internationalen Wettbewerb.

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at